

kerung. Und auch die Verteilung der teilweise Zustimmenden nach ihrer kirchlichen bzw. religiösen Bindung bestätigt das gleiche Bild: der Anteil der teilweise Zustimmenden ist bei regelmäßigen, gelegentlichen und seltenen Kirchgängern fast gleich groß (zwischen 40 und 34 Prozent in Innsbruck Land), nur bei den Nichtkirchgängern sinkt er abrupt auf 6,1 Prozent ab. Es ist eine Schwäche der vorgelegten Untersuchung, die sehr interpretationsfähige Formulierung „Teilweise Zustimmung“ für die Befragten in keiner Weise aufgeschlüsselt zu haben. Eine präzisere Fragestellung in diesem Punkt wäre hilfreicher gewesen. So weiß man nicht, was in dieser Gruppe eigentlich abgelehnt wird (z.B. Stellungnahmen zu bestimmten Methoden oder das Sicheinlassen der Kirche auf die Methodenfrage überhaupt). Zwar wird auch hier ein Dissens artikuliert, aber offenbar handelt es sich bei vielen um keinen grundlegenden.

Eine ungute Situation könnte entblockiert werden

Zum dritten: Wichtiger als die Daten selbst sind die von ihr signalisierten möglichen Gefahren. Wenn 90 Prozent der Glieder der Kirche etwas an einer Lehre auszusetzen haben, die die Kirche selbst für wichtig hält, die sie den Gläubigen aber nicht plausibel erklären kann, dann versteht es sich von selbst, daß darin eine *Gefahr für die Glaubwürdigkeit* der Kirche liegt, die auch auf andere Bereiche der Lehre und des kirchlichen Lebens ausstrahlt. Der Verfasser der Studie, der die Befragten in ihrem medizinischen Wissen vermutlich damit überfordernd, auch detailliert nach der Zustimmung zu *einzelnen Methoden* bzw. nach ihrer Anwendung fragt, meint anhand der Umfrageergebnisse einen *eindeutigen Trend zu weniger sicheren Methoden* der Empfängnisverhütung gerade bei solchen feststellen zu können, die die kirchliche Lehre bejahen, und zwar gerade auch zu den unsicheren (z.B. Kalendermethode) unter den sog. natürlichen Methoden. Zum anderen meint Loewit bei den die kirchliche Lehre Ablehnenden eine ausgeprägte

Abneigung auch gegen die relativ sicheren natürlichen Methoden beobachten zu können. Das führt dann allerdings auch zur Frage, ob die Kirche sich durch ihr striktes Verbot „künstlicher“ Methoden nicht selbst im Wege ist, indem sie ein „emotionales Hindernis“ für die Verbreitung „natürlicher“ (sicherer) Methoden aufrichtet.

Diese Frage ist sicher auch von Bedeutung im Zusammenhang mit dem relativ hohen Anteil an nur teilweise Zustimmenden. Auch wenn davon auszugehen ist, daß die meisten von ihnen entschiedene Vorbehalte gegen

das Verbot „künstlicher“ Methoden haben, so drückt sich darin doch *keine grundsätzliche Ablehnung kirchlicher Morallehre*, auch nicht der kirchlichen Sexualmoral aus. Man kann es also auch so sehen: eine offene Diskussion des ganzen Problemkomplexes könnte hier wie dort festgerückte Positionen entblockieren und das Wesentliche an der kirchlichen Lehre wieder verständlich machen. Schon deswegen verdiente die Frage, ob die Kirche mit zu engen Festlegungen in Sachen Empfängnisverhütung nicht das Gegenteil von dem bewirkt, was sie will, weiter vertieft zu werden. D. S.

Französischer Schulstreit: Man spricht miteinander

Gibt es für die französische Links-Regierung wirklich nichts Wichtigeres, als ihre Regierungszeit mit einem anachronistisch anmutenden *Dauerstreit* über die freie, zumeist katholische Schule zu belasten? Außerhalb Frankreichs fällt es schwer, klarzumachen, wie es dazu kommen konnte, daß sich unser westlicher Nachbar derzeit einen Kampf sondergleichen in dieser Frage leistet, dessen Ende noch längst nicht in Sicht zu sein scheint.

Warum diese Eile?

Seit dem vergangenen Herbst hatte der Streit noch an Schärfe zugenommen, da Erziehungsminister *Alain Savary* nun auch aus den eigenen Reihen ins Schußfeld der Kritik geriet. Seine Vorschläge vom 19. Oktober 1983 (vgl. HK, Januar 1984, S. 8–10) dokumentierten einem Teil der Linken zu wenig den Willen, den Dualismus von öffentlicher und privater Schule zu überwinden. Seither steht die Politik der Regierung Mauroy vor der Schwierigkeit, weder die Laizisten in den eigenen Reihen über Gebühr zu verärgern, noch auch die Vertreter der Katholischen Schulen, die über erheblichen Rückhalt in der Bevölkerung verfügen, allzusehr vor den Kopf zu stoßen.

Ein Jahr und einen Tag, nachdem er zum erstenmal mit Vorschlägen zur Schulreform an die Öffentlichkeit getreten war (vgl. HK März, 1983, S. 105–107), nannte Savary am 21. Dezember 1983 vor allem *vier Maßnahmen*, über die er in bilateralen Gesprächen mit Vertretern der beteiligten Gruppen sprechen wollte und die er mit Beginn des Schuljahres 1984/85 verwirklicht sehen möchte. Ein Teil von ihnen muß erst noch dem Parlament vorgelegt werden. Danach soll die Vergabe von Haushaltsmitteln an private und öffentliche Schulen einander angeglichen, die Beteiligung der verschiedenen Gebietskörperschaften an der Finanzierung der privaten Schulen und die Errichtung und Auflösung von Schulklassen neu geregelt sowie die Zusammenarbeit von öffentlichen Stellen und privaten Schulen in neu zu schaffenden „Einrichtungen des öffentlichen Interesses“ (E.I.P.) institutionalisiert werden. Das Lehrpersonal soll die Möglichkeit erhalten, sich freiwillig als Beamte in die entsprechende Sparte des öffentlichen Schulwesens einzugliedern. Die katholischen Schulen reagieren hierauf etwas irritiert. *Bedenken* bestehen weiterhin vor allem in bezug auf die Festanstellung von Lehrern der Privatschulen im Rahmen des öffentli-

chen Schulwesens. Hierin sieht man einen entscheidenden Versuch, die Unabhängigkeit der privaten Schulen zu verringern. Im übrigen aber fragte man sich, warum der Minister in so fundamentalen Fragen eine solche *Eile* an den Tag lege. Vertreter des Laizismus indes reagierten erleichtert auf diesen neuerlichen Vorstoß von Savary, setzen aber vor allem Hoffnung auf die Nationalversammlung, in der Sozialisten und Kommunisten über eine sichere Mehrheit verfügen und somit – zumindest dem Stimmenverhältnis nach – auch in der Schulfrage durchsetzen können, was sie für richtig halten.

Zusätzliche Schwierigkeiten erhielt Savary in den letzten Tagen des alten Jahres noch dadurch, daß der Verfassungsrat, ein Gremium, das die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen zu prüfen hat, die vorsorgliche Reservierung von Haushaltsmitteln für möglicherweise noch im Jahr 1984 ins öffentliche Schulsystem einzustellende Lehrer von Privatschulen für *verfassungswidrig* erklärte. Auch wenn diese Entscheidung unter haushaltsrechtlichen Gesichtspunkten gefällt wurde, betrachteten sie diejenigen, die für den Erhalt der Privatschulen eintreten, als einen wichtigen Schritt, um in bezug auf eine mögliche spätere Lösung der Problematik noch nichts zu präjudizieren.

Eine Serie von Demonstrationen

Die Dachorganisationen des katholischen Schulwesens wollten, bevor es zu eigentlichen Verhandlungen über die genannten Fragen kommen würde, ihr Gewicht noch einmal eindrücklich unter Beweis stellen, zumal die Äußerungen von Savary im Dezember gegenüber der Erklärung vom Oktober in ihren Augen eher als Rückschritt zu werten waren. Dies gelang mehr, als es auch von ihnen selbst erwartet worden war. In Bordeaux gingen rund 60 000 Menschen auf die Straße, in Lyon und Rennes über 100 000. Bischöfe traten dabei als Redner auf. Weitere Demonstrationen sind in Lille und Versailles geplant.

Aber auch die Gegenseite unternahm in der Zwischenzeit deutliche Versuche, die eigene Position in der Schulfrage zu festigen. So fanden eine Reihe von Gesprächen der Lehrergewerkschaft FEN mit Linksparteien, Gewerkschaften und anderen Organisationen statt. Die Laizisten-Organisation CNAL rief im November und Dezember zu sieben regionalen Demonstrationen auf und möchte eine große Debatte über den Laizismus in die Wege leiten.

Mit welcher *Entschiedenheit* ein Teil der Linken jede Form von Erhalt eines zweigeteilten Schulsystems bekämpft, illustriert ein Brief des Generalsekretärs der FEN, *Michel Bouchareissas*, an Premierminister Mauroy vom 9. Dezember 1983, der einen Monat später veröffentlicht wurde (La Croix, 6. 1. 84). Mauroy wird darin gewarnt, weitere Schritte in Richtung Dezentralisierung des Schulsystems zu unternehmen. Einer Übertragung von Verantwortlichkeiten an lokale Stellen könne die FEN nie zustimmen. Sollte es dennoch dazu kommen, müsse er wissen, daß dies einen großen Konflikt mit der FEN provozieren würde, die ihrerseits alles versuchen würde, um Pläne dieser Art zu stoppen. Eine Verbesserung und Modernisierung des Schulwesens ist seiner Meinung nach nur denkbar über den Weg einer *Vereinheitlichung*.

Am 13. Januar richtete Savary schließlich offiziell seine Vorschläge an die Verhandlungspartner der Gegenseite, begrenzte den Zeitraum für Gespräche jedoch auf sechs Wochen. Am 15. Januar erklärte das Comité National de l'enseignement catholique (C. N. E. C.), der Vertreter der katholischen Schulen, seine Bereitschaft zu Gesprächen, lehnte jedoch die Übernahme von Lehrern ins Beamtenverhältnis ebenso ab wie die vorgeschlagene Ausgestaltung der E. I. P. (La Croix, 17. 1. 84).

Gegenvorschläge in diesen beiden Punkten lieferte man knapp einen Monat später nach (La Croix, 7. 2. 84). Man möchte die privaten Schulen unter dem Dach einer neu zu schaffenden Institution zusammenfassen, die die Verteilung der staatlichen Gelder

vornimmt. Anstelle der vollständigen Eingliederung in den Lehrkörper der öffentlichen Schulen schlägt das C. N. E. C. die Schaffung eines eigenen Status für die Lehrer der privaten Schulen vor, der ähnliche Verbesserungen wie die Verbeamtung brächte, jedoch die Verschmelzung mit dem Lehrkörper der öffentlichen Schulen vermeiden würde. Sollte die Regierung auf ihrem Konzept beharren, sehen sie einen „casus belli“ gegeben (so C. N. E. C.-Generalsekretär *Paul Guiberteau*, La Croix, 23. 12. 83). Dies könnte das Ende der Verhandlungen bedeuten.

Ist es ein Kulturkampf?

Ob indes die Vorschläge von Savary für die Eigenständigkeit des privaten Schulwesens so gefährlich sein würden, wie ihre Vertreter dies darstellen, wird im übrigen auch in kirchlichen Kreisen nicht einheitlich beurteilt. Der Jesuit *Edmond Vandermeersch*: „Unterdrücken diese Vorschläge die Freiheiten? Nach meiner Ansicht nicht“ (Études, Februar 1984, S. 204). Eine Position wie diese zeigt, wie vorsichtig man außerhalb Frankreichs mit Qualifizierungen der gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Privatschulen als „Kulturkampf“ sein sollte.

Teile der Linken erwecken den Eindruck, als fühlten sie sich ihrer eigenen laizistischen Tradition gegenüber geradezu verpflichtet, ihre seit 1981 bestehende starke parlamentarische Position zuungunsten der privaten Schulen zu nutzen. Die *Bischöfe* andererseits machen durchaus nicht unbesehen die Interessen der Privatschulen zu den ihren. Sie fühlen sich verantwortlich für alle Katholiken. Sie betrachten die Vorstöße von Erziehungsminister Savary auch keineswegs als Attacken gegen Kirche und Religion, sondern schlicht als Bedrohung für das Recht der Eltern, die Erziehung ihrer Kinder frei selbst wählen zu können. Den Klerikalismus, gegen den die Laizisten einmal zu Recht kämpften, gibt es heute nicht mehr. Die Einförmigkeit des Schulwesens wollen heute die Laizisten. In Sachen Integralismus scheinen sie die Kirchen beerben zu wollen.

K. N.